

2078/AB XXI.GP
Eingelangt am:08.05.2001

BUNDESMINISTERIUM für
WIRTSCHAFT und ARBEIT

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 2151/J betreffend gefährdete Arbeitsplätze in der Region Voitsberg - Köflach, welche die Abgeordneten Oberhaidinger, Sophie Bauer und Genossinnen am 20.03.2001 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 4 der Anfrage:

Im Anschluss an den Besuch der Bundesrepublik Jugoslawien im November 2000 wurden als Ergebnis daran anschließender Überlegungen Hilfsleistungen in Höhe von E!! 1 Mio. für Wiederherstellungsmaßnahmen auf dem Kraftwerkssektor mit dem Schwerpunkt Belgrad und für Investitionen auf dem pharmazeutischen Sektor in Aussicht genommen. Sohin besteht die Hilfestellung Österreichs für Jugoslawien im vorliegenden Fall nicht in Elektrizitätslieferungen, sondern in der Wiederherstellung von Kraftwerkskapazitäten vor Ort.

Antwort zu Punkt 5 der Anfrage:

Die angesprochene österreichische Wirtschaftsdelegation, die im Jänner 2001 in Belgrad war, stand unter der Leitung von Wirtschaftskammerpräsident Dr. Christoph Leitl; Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit nahmen an dieser Reise nicht teil. Generell kann festgestellt werden, dass die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit zur Verfügung gestellten 1 Mill. Euro als Soforthilfe für Infrastrukturprojekte im Energie - und Pharmabereich verwendet werden. Diesbezüg -

lich gibt es bereits mehrere konkrete Projekte, deren Umsetzung bereits begonnen hat und von Wien Strom (für den Energiebereich) bzw. von der ÖQS Zertifizierungs- und Begutachtungsges.m.b.H (für den Pharmabereich) kostenlos geprüft und überwacht werden.

Antwort zu den Punkt 6 und 7 der Anfrage:

Der Antrag befindet sich derzeit bei der Generaldirektion IV - Wettbewerb der Europäischen Kommission. Mit dem zuständigen Kommissar Monti wurden diesbezüglich mehrfach Gespräche geführt; eine detaillierte Darstellung wurde im März der Kommission übermittelt. Ein vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit erstelltes umfangreiches fachspezifisches Gutachten wurde ausgearbeitet und der Europäischen Kommission - GD - IV übermittelt. Im April dieses Jahres wurde bei der Europäischen Kommission, GD IV, in Brüssel diese Angelegenheit erneut zur Sprache gebracht.